

Digitaler Irrsinn

Zu: „Der Stillstand als Beschleuniger“, FR-Politik vom 27. Juni

PC und Internet nutze ich seit vielen Jahren, aber die Digitalisierung praktisch aller Lebensbereiche gefällt mir nicht. Der immense Material- und Stromverbrauch ist nicht nachhaltig, der Nutzen ist fraglich. Digitalisierung bringt keine Entspannung, die ständige Präsenz der vielen Anwendungen führt zum Gegenteil. Entspannung gibt es nur offline! Viele der Fürsprecher der schönen neuen Welt wollen Geräte und Dienstleistungen verkaufen und sind damit keine neutralen Berater.

Ich habe kein Interesse an noch schnelleren Internetverbindungen, an Streaming, an immer mehr Funktionen. Die Abhängigkeit wird erhöht, die privaten Daten zu Werbezwecken verwendet und dem Überwachungsstaat die Tore geöffnet. Ich bin ein Anachronist. Ich zahle gerne bar, nutze Karten, lese gedruckte Bücher und Zeitungen, mag Hausgeräte und Fahrzeuge ohne Internetverbindung, nutze ein altes Tasten-Handy. Und mir geht es gut damit! Noch mehr Digitalisierung? Nein Danke.

Ralf Krug, Pohlheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200629

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf spricht mit Jonas Wolff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung über „Corona und die die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten“. Livestream: boell-hessen.de/YouTube
Dienstag, 30. Juni, 19 Uhr.
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Welt ohne Ordnung – Corona als Beschleuniger?“ **Mit Publikum!** Die Anzahl der Zuschauer ist begrenzt. Bitte registrieren Sie sich mit dem Stichwort „HSFK“ auf fr.de/anmeldung. Der Einlass wird nur mit passendem Mund-/Nasenschutz gestattet. Livestream unter youtube.com/hausamdom
Mittwoch, 1. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts erscheint am:
Donnerstag, 2. Juli,
fashionunited.de
modcast.podigee.io

Warum gibt es keine Klima-Auflagen?

Lufthansa: „Wie viele Federn muss der Kranich lassen?“, „Experiment Lufthansa“, FR-Politik vom 25. und -Meinung v. 26.6.

Vielleicht sollte Thiele enteignet werden?

Das seit Monaten andauernde Gezerre um die Lufthansa geht in unverhältnismäßiger Weise zu Lasten von Kunden und Mitarbeitern der Lufthansa und der zahlreichen Unternehmen, die der Lufthansa zuarbeiten. Hier geraten sehr viele Arbeitsplätze in Gefahr. Es war und ist gut, dass der Bund einen Weg zur Rettung der Lufthansa ausverhandelt hat. Unabhängig davon, wie man zur Luftfahrt steht, kommt man nicht an der Tatsache vorbei, dass hier ein Unternehmen auf dem Spiel steht, das für hohe Sicherheitsstandards steht, tariffrei ist und ausgebildet. Wenn die Lufthansa in die Insolvenz geschickt wird, und am Ende nur Billiganbieter übrigbleiben, ist niemandem geholfen.

Dass nun in Herrn Thiele ein einzelner Großaktionär damit drohte, das ausverhandelte Rettungspaket zu blockieren, wirft die Frage auf, ob hier nicht der Artikel 14 unserer Verfassung Anwendung finden muss. Dieser Artikel sagt unter anderem, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Und dieser Artikel erlaubt ausdrücklich auch die Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit.

Tilmann Stoodt, Königstein

Mit der Gewinnerwartung eines Spekulanten

Der Bericht über die Probleme bei der Lufthansa gibt einen sehr guten Überblick über die verschiedenen beteiligten Inter-

sen vor der Aktionärsversammlung. Und dabei kann einem bewusst werden, was „Shareholder Value“ in der Realität bedeutet:

Da ist auf der einen Seite ein wichtiges deutsches Unternehmen mit 138000 Arbeitsplätzen, das durch Corona unverschuldet in eine nicht vorhersehbare Krise geraten ist. Bei den notwendigen Sanierungsgesprächen sind die Arbeitnehmer/innen sogar bereit, auf bis zu 45 Prozent ihres Gehalts zu verzichten, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten, aber auch, weil sie sich dem Unternehmen Lufthansa persönlich verbunden fühlen. Auf der anderen Seite ist da ein deutscher Milliardär, der von Corona höchstens bei seinem wöchentlichen Einkauf bei Aldi betroffen ist und der einfach die Gelegenheit nutzt, hier einen flotten Euro zu machen: Er kauft Lufthansaaktien, die durch die Krise billig sind, sichert sich mit 15 Prozent Anteil ein Vetorecht in der Aktionärsversammlung und spekuliert darauf, dass nach der Krise seine Aktien kräftig ansteigen. Voraussetzung dafür ist allerdings ein einschneidendes Sparprogramm, das viele Arbeitsplätze kosten und die Lufthansa zu einer weiteren Billigfluglinie machen würde. Erfahrungsgemäß lässt so etwas die Aktien an der Börse nach oben gehen. Und da möchte er die Bundesregierung nicht mit an Bord haben, denn die könnte ja aus politischer Rücksichtnahme diese Sparpolitik zumindest begrenzen.

Was ist also wichtiger: Zehntausende Arbeitsplätze oder die Gewinnerwartung eines Speku-

lantens, der soviel Geld hat, dass er es gar nicht ausgeben kann? Mit sozialer Marktwirtschaft hat das sicher nichts zu tun. Dabei geht es hier sicherlich rechtlich korrekt zu, aber wieder einmal dient das Coronavirus dazu, Missstände, an die wir uns längst gewöhnt haben, wie unter dem Brennglas deutlich werden zu lassen.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Erkenntnisse der Krise werden nicht angewandt

Warum keine Klima-Auflagen bei Milliarden-Subventionen? Dass – wie Frank-Thomas Wenzel in seinem Leitartikel zum meint – „die Klimaziele bald angestoßen werden müssen“ ist richtig festgestellt. Aber warum so unverbindlich, wenn mit Milliarden von Steuergeldern der Wirtschaft wieder auf die Beine geholfen wird und damit auch Auflagen im Sinne der Klimapolitik verbunden werden könnten? Und dann bitte gleich noch Auflagen zur Förderung nachhaltigen und sozialen Wirtschaftens überhaupt. Und natürlich auch für die Gelder, die von der EU locker gemacht werden und die unbedingt mit dem „Green Deal“ verknüpft werden müssen. Und zwar nicht irgendwann, sondern sofort. In der Artikelserie „Die Welt nach Corona“ werden diese Forderungen erhoben. Warum wird dies dann nicht auf die tatsächliche „Politik nach Corona“ angewandt.

Kornelia Dahlhausen, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lufthansa-2

Splitting und Steuerklassen

Linke: „Ja zum Nein zum Grundeinkommen“, FR-Politik vom 22. 6.

Das bedingungslose Grundeinkommen bedeutet, dass jede Hausfrau, die 40 Jahre lang zu Hause Fenster geputzt hat (hier stellvertretend für alle Arbeiten, mit denen frau sich die Zeit vertreiben konnte) dafür z.B. 1000 Euro im Monat bekommt (das war mal auf einem Parteitag der Linken abgeschmettert worden). Das ganze Leben hat dieses Ehepaar bereits durch das Splittingverfahren jeden Monat durch Steuerklasse III einen Steuerbonus bekommen. Dieser kann durchaus auch 1000 Euro betragen. D.h. die Hausfrau sorgt durch ihre Nicht-Berufstätigkeit für die Erhöhung des Nettoeinkommens und soll im Alter diese Summe als Rente bekommen, obwohl sie nie in die Solidargemeinschaft eingezahlt hat?

Eine berufstätige Frau hat die Steuerklasse I, wenn sie nicht verheiratet ist, und Steuerklasse IV, wenn sie verheiratet ist, was den gleichen Steuerabzug zur Folge hat. Im Fall der Witwenrente wird die berufstätige Frau dafür bestraft, indem sie mitnichten 60 Prozent der Rente ihres Mannes bekommt; ihre eigene Rente wird dagegen gerechnet. So ist es mir ergangen, nachdem mein Mann gestorben war. Da ich noch gearbeitet habe, bekam ich als Hinterbliebenenrente ganze 30 Euro. Ich hoffe, dass die Mitglieder der Linken das bedingungslose Grundeinkommen ablehnen, was ja die Mehrheit des Vorstandes auch so wünscht. Rosita Jany, Frankfurt

Vergessen wir die Fleischarbeiter nicht!

Tönnies und das Billigfleisch: „Ohne Skrupel zum Erfolg“ und „Für andere“, FR-Politik und -Meinung vom 27. und 26. Juni

Die Menschen müssen raus aus ihren Käfigen

Natürlich muss in allererster Linie eine Weiterverbreitung des Corona-Virus verhindert werden, und wenn das nicht ohne Reisebeschränkungen geht, dann müssen die sein. Was mir zu sehr aus dem Blick gerät, ist die Situation der Fleischarbeiter, die bei aktuell 30 Grad und mehr in viel zu engen Wohnungen vegetieren müssen, bewacht von Hundertschaften Polizei. Diese Menschen müssen zwar auch im Moment in Quarantäne bleiben, aber sie müssen anders untergebracht werden, auch wenn das mit viel Aufwand verbunden ist. Es reicht nicht, nur an das Tierwohl zu denken, daran, dass die Tiere größere Ställe bekommen. Auch die Menschen müssen aus ihren Käfigen heraus. Auch wenn das zweifellos viel Aufwand bedeutet. Man muss darüber nachdenken, wie sie menschenwürdig untergebracht werden können. Erst haben sie dafür geschuftet, den Fleischpreis niedrig zu halten – der tägliche Verzehr von Billigfleisch ist kein elementares Menschenrecht. Und jetzt müssen sie im Hausarrest leben, das darf doch wohl

nicht wahr sein. Es muss alles daran gesetzt werden, ihre Wohnsituation zu verbessern, so dass die Quarantäne auszuhalten ist. Das habe ich als Forderung in Ihren Artikeln vermisst. Natürlich ist das ein erheblicher Aufwand für die Behörden, aber dieses Bemühen sind wir diesen Menschen einfach schuldig. Wenn Herr Tobias Peter schreibt: „Schämen müssen wir uns alle, weil wir vor den unzumutbaren Arbeitsbedingungen von osteuropäischen Fleischarbeitern so lange die Augen verschlossen gehalten haben“, dann kann ich das nur dreimal unterstreichen.

Natürlich muss es auch um das Tierwohl gehen, aber vergessen wir darüber die Fleischarbeiter nicht!

Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen

Die Folgen des Schweigens

Wie lange hat es gedauert, bis die Politik, insbesondere die CDU-geführte nordrhein-westfälische Landesregierung sich um die Problematik bei Tönnies gekümmert hat? Erst vor wenigen Tagen, als die Corona-Fälle bei den Beschäftigten der Schlachthöfe stark zunahmen, konnten La-

schet und Laumann nicht mehr umhin, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Bereits vor einem Jahr hat die Aktion Arbeits-Unrecht Demonstrationen vor den Werkstoren von Tönnies veranstaltet und auf die unmenschlichen Arbeitsbedingungen durch die „Werkverträge“ hingewiesen.

Dass Tönnies sein Milliarden-Vermögen nicht nur durch diese Arbeitsbedingungen zusammengesackert hat, sondern auch unerlaubte Preisabsprachen getätigt, dabei sich mit Mogeleyen stets vor den verhängten Bußgeldern retten konnte, und dass er fleißig durch Cum-Ex-Geschäfte Steuern hinterzogen hat, hat weder den Landrat aus der Adenauer-Dynastie noch die Landesregierung interessiert. Die Folgen dieses Schweigens treffen nun die Infizierten, die übrige Bevölkerung der Region sowie die Steuerzahler, nicht aber Tönnies und die Verantwortlichen für die unterlassene Aufsichtspflicht. Wenn die Lebensmittelpreise in den Läden steigen, bedeutet dies keinesfalls, dass die Preissteigerung bei den Erzeugern ankommt. Peter Boettel via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/toennies-2